

Wie eine Zivilgesellschaft neu erwacht

Aufklärung über Wahlen und Menschenrechte in der Republik Südsudan

Am 9. Juli 2011 hat sich die Republik Südsudan für unabhängig erklärt. Der Weg zu ihrer Souveränität vom islamischen Norden war lang und mit vielen Stolpersteinen gepflastert. ZFD-Fachkraft Claudia Langol beschreibt ihre Erfahrungen damit, wie in der Zivilgesellschaft die Bürgerbefragung spirituell und praktisch vorbereitet wurde, die zur Teilung des größten afrikanischen Landes in zwei Staaten führte.

Im Januar 2011 standen die Bürgerinnen und Bürger aus dem südlichen Teil des Sudan bei einem Referendum vor der Wahl: Soll sich der Süden unabhängig machen oder weiterhin in einem Staatsgebilde mit dem Norden bleiben? 2005 hatte ein Friedensabkommen den jahrzehntelangen Krieg zwischen dem entwickelten, arabisch geprägten Norden und dem ausgegrenzten, vorwiegend christlichen, von Afrikanerinnen und Afrikanern besiedelten Süden beendet. Das Abkommen legte fest, dass nach einer fünfjährigen Übergangsfrist die Bevölkerung des Südens in einer Volksabstimmung über das Schicksal ihres Landesteiles entscheiden soll.

Menschen zweiter Klasse im eigenen Staat

Als ich Ende 2009 nach Wau, der Hauptstadt des Bundesstaates Western Bahr el Ghazal, in den Südwesten dieses riesigen Landes kam, bewegte das bevorstehende Referendum die Menschen zutiefst. Viele berichteten mir, dass sie in ihrem eigenen Staat Menschen zweiter Klasse sind. Wie sehr die Regierung in der nördlichen Hauptstadt Khartum den Süden vernachlässigte, zeigen einige Fakten eindrucksvoll: Der Südsudan, flächenmäßig etwa doppelt so groß wie Deutschland, hat nur 65 km asphaltierte Straßen, keine öffentliche Wasserversorgung, nur an wenigen Stellen zuverlässig Elektrizität. Das Gesundheitssystem liegt am Boden, und Schulen gibt es kaum. Die ganze Hoffnung der Menschen ruht auf

dem neuen, unabhängigen Staat. Frauen und Männer dafür zu begeistern, sich bei dessen Entstehung und Aufbau zu beteiligen, ist nicht schwer.

Meine Chefin Natalina Mabo, Koordinatorin der Justice and Peace Commission der Diözese von Wau, teilt diese Begeisterung. Sie teilt auch das Schicksal vieler ihrer Landsleute. 15 Jahre lang lebte sie als Flüchtling in eigenem Land in Khartum. Erst 2010 kehrte sie in ihre Heimatstadt Wau zurück. „Zuerst traute ich dem Friedensabkommen von 2005 nicht“, berichtet Natalina Mabo, „so viele andere Verträge wurden schon unterschrieben und gebrochen. Aber nach einigen Jahren begann ich, an den Frieden zu glauben“. Im August 2010 wurde Mabo zur Koordinatorin der Justice and Peace Commission der Diözese von Wau ernannt.

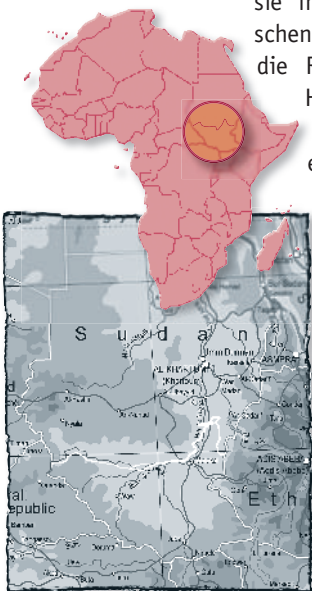
Am Anfang stand die Versöhnung

„Zivilgesellschaft“, beschreibt das Onlinelexikon Wikipedia, „(...) wird oft als die Partizipation aller Bürger an gesellschaftlichen Entscheidungen verstanden, im Sinne einer Basisdemokratie oder partizipativen Demokratie“. Wie aber soll eine Gemeinschaft, die vom Bürgerkrieg traumatisiert ist, in der 70 Prozent der Menschen weder Lesen noch Schreiben können und wo kaum jemand je an einer freien Wahl teilgenommen hat, in eine gesunde, am politischen Geschehen teilnehmende Zivilgesellschaft transformiert werden?

In vielen Gesprächen während der spirituellen Vorbereitung des Referendums lernten wir zu verstehen, dass zuerst eine Versöhnung

zwischen den Menschen stattfinden muss. Zuviel Schreckliches war geschehen und warf noch immer Schatten auf die Gegenwart. Im Rahmen der „101 Gebetstage für ein friedliches Referendum“ organisierten wir mehrere Veranstaltungen, die zu Versöhnung und zu mehr Verständnis füreinander beitragen sollten. Hierfür gründeten wir ein Komitee für den Frieden, in dem alle sechs großen Kirchen der Region in und um Wau mitwirkten. Den Höhepunkt bildete der Versöhnungstag, an dem Menschen aller Religionen und politischer Parteien sich zusammenfanden, um einander ihre Vergehen einzugestehen und zu vergeben. „Es ist ein kleines Wunder“, sagte eine koptische Christin. „Heute feiern Christen und Moslem hier das erste Mal zusammen.“

Die Menschen ganz praktisch über den Referendumshergang zu informieren war keine leichte Aufgabe in einem Gebiet, wo es kaum Straßen gibt und Informationen meist nur mündlich weitergegeben werden. Durch die Struktur der Kirche konnten wir jedoch tausende Menschen erreichen. Nach ihren Gottesdienst informierten Priester, die von uns trainiert worden waren, über den Ablauf der Wählerregistrierung und der Wahl selbst. Mit Hilfe von UNMIS, der Mission der Vereinten Nationen im Südsudan, flogen Natalina Mabo und ich im Helikopter in abgelegene Regionen, um Frauen und Männer über das bevorstehende Referendum zu informieren. Wir setzten Flipcharts mit Zeichnung des Wahlhergangs ein und zeigten einfache Theaterstücke. Ein besonderes Augenmerk legten wir auf die Aufklärung der Frauen, von denen viele annahmen, dass sie nur





Bei der Feier zum 100. Jubiläum des Weltfrauentages marschierten hunderte Frauen durch die Strassen von Wau – auch Claudia Langol.

Foto: Fr. Mabro

wählen durften, wenn es ihnen ihr Mann erlaubt. Wir stießen überall auf großes Interesse und viel Begeisterung für den neuen Staat. Im alten Sudan gehörten Menschenrechtsverletzungen zum Alltag. Sei es nun, dass ein Polizist sich etwas dazuverdienen wollte, die Krankenschwester kostenlose Medikamente nur gegen Geld herausgab oder ein Soldat Autofahrer dazu zwang, im Auto mitgenommen zu werden: Der Respekt vor den Grundrechten eines jeden Menschen war und ist kaum vorhanden. Dies lässt sich einerseits durch den Verlust der alten Werte und Traditionen, die viele Grundrechte in sich beinhalteten, aber auch durch das Nichtaufgeklärtsein der jungen Generation erklären. In Workshops informieren wir daher vor allem Jugendliche über die Bedeutung der Menschen-

rechte und schenken den Rechten von Frauen und Kindern spezielle Aufmerksamkeit.

Monatelang recherchierte ein Komitee Menschenrechtsverletzungen

Der Wandel einer Zivilgesellschaft ist ein Prozess, der Jahrzehnte dauert und im Idealfall auch die politische Führung einschließt. Letzteres kann nur geschehen, wenn die Zivilgesellschaft ihre kritische Stimme erhebt und die Regierung und ihre Institutionen auf ihre Menschenrechtsverfehlungen hinweist. Zu diesem Zweck initiierten wir ein Komitee für Menschenrechte, dessen Mitglieder Frauen aus Nichtregierungsorganisationen, staatlichen und kirchlichen Institutionen sind. Über Monate hinweg trafen wir uns wöchentlich und trugen Informationen über Menschenrechtsverletzungen in unserer Region zusammen. Im Oktober 2010 schickten wir unseren Report zum Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte in Genf und

unser Beitrag wurde im Mai 2011 veröffentlicht. Vor wenigen Tagen hatten Mitglieder der Justice and Peace Commission die Möglichkeit, Repräsentanten des UN-Sicherheitsrates unter der Leitung von Susan E. Rice zu treffen und auf die recherchierten Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen. Wir sind uns bewusst, dass dies nur kleine Schritte auf einem langen Weg zu einer starken Zivilgesellschaft sind. Aber wie sagt ein afrikanisches Sprichwort: „Wer denkt, dass kleine Dinge nichts bewirken können, hat noch nie mit einem Moskito in einer Hütte geschlafen“.

Claudia Langol

Die Diplomsozialarbeiterin Claudia Langol ist seit 2009 als ZFD-Fachkraft Beraterin beim Aufbau eines Programms zur Förderung von Gerechtigkeit und Frieden der Justice and Peace Kommission der Diözese Wau im Südsudan.